

Änderungssatzung

1. Änderung vom 15.12.2020 der Satzung über die Entsorgung des Inhaltes von Grundstücksentwässerungsanlagen (Kleinkläranlagen, abflusslose Gruben) (EvG) in der Stadt Kempen vom 13.12.2016

Aufgrund der §§ 7,8 und 9 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vom 14.07.1994 zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 25.06.2015 (GV.NRW.2015.S. 496), der §§ 60, 61 des Wasserhaushaltsgesetzes des Bundes (WHG) vom 31.07.2009 zuletzt geändert durch Gesetz vom 04.08.2016 (BGBl. I 2016. S. 1972), der §§ 43 ff, 46 des Landeswassergesetzes (LWG NRW) vom 25.06.1995 zuletzt geändert durch Gesetz vom 08.07.2016 (GV.NRW.2016.S.559 ff.) und der Selbstüberwachungsverordnung Abwasser zuletzt geändert durch Verordnung vom 15.07.2020 (GV.NRW.2020.S.729), des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten vom 19.02.1997 zuletzt geändert durch Art. 4 Abs. 55 des Gesetzes vom 18.07.2016 (BGBl. I 2016, S. 1666), in den jeweils gültigen Fassungen hat der Rat der Stadt Kempen am 15.12.2020 folgende Satzung beschlossen:

I.

Die Satzung über die Entsorgung des Inhaltes von Grundstücksentwässerungsanlagen (Kleinkläranlagen, abflusslose Gruben) (EvG) in der Stadt Kempen vom 13.12.2016 (Abl. Krs. Vie. S. 1171) wird wie folgt geändert:

§ 1

Allgemeines

- (1) Die Stadt betreibt in ihrem Gebiet die Entsorgung des Inhaltes der Grundstücksentwässerungsanlagen als öffentliche Einrichtung. Diese bildet eine rechtliche und wirtschaftliche Einheit.
- (2) Grundstücksentwässerungsanlagen im Sinne dieser Satzung sind abflusslose Gruben und Kleinkläranlagen für häusliches Schmutzwasser im Sinne des § 54 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WHG. Betreiber der Grundstücksentwässerungsanlage ist der Grundstückseigentümer. Die Grundstücksentwässerungsanlage ist gemäß § 60 WHG und § 56 LWG NRW nach den jeweils in Betracht kommenden Regeln der Technik zu bauen, zu betreiben und zu unterhalten.
- (3) Die Entsorgung umfasst die Entleerung der Anlage sowie Abfuhr und Behandlung der Anlageninhalte. Zur Durchführung der Entsorgung kann sich die Stadt Dritter als Erfüllungsgehilfen bedienen.

§ 9

Zustands- und Funktionsprüfung bei abflusslosen Gruben und bei privaten Abwasserleitungen, die Schmutzwasser den Grundstücksentwässerungsanlagen zuleiten

- (1) Für die Zustands- und Funktionsprüfung bei abflusslosen Gruben und bei privaten Abwasserleitungen, die Schmutzwasser privaten Grundstücksentwässerungsanlagen (Kleinkläranlage, abflusslose Grube) zuleiten, gilt die Verordnung zur Selbstüberwachung von Abwasseranlagen (Selbstüberwachungsverordnung Abwasser – SÜwVO Abw NRW -, im Folgenden SÜwVO). Abflusslose Gruben und private Abwasserleitungen sind gemäß den §§ 60, 61 WHG, § 56 Abs. 1 LWG NRW, so zu errichten und zu betreiben, dass die Anforderungen an die Abwasserbeseitigung eingehalten werden. Hierzu gehört auch die ordnungsgemäße Erfüllung der Abwasserüberlassungspflicht nach § 48 LWG NRW gegenüber der Stadt.
- (2) Zustands- und Funktionsprüfungen an abflusslosen Gruben und an privaten Abwasserleitungen dürfen nur durch anerkannte Sachkundige gemäß § 12 SÜwVO durchgeführt werden.
- (3) Nach § 7 Satz 1 SÜwVO sind im Erdreich oder unzugänglich verlegte private Abwasserleitungen zum Sammeln oder Fortleiten von Schmutzwasser oder mit diesem vermischten Niederschlagswasser einschließlich verzweigter Leitungen unter der Kellerbodenplatte oder der Bodenplatte des Gebäudes ohne Keller sowie zugehörige Einsteigeschächte oder Inspektionsöffnungen zu prüfen. Ausgenommen von der Prüfpflicht sind nach § 7 Satz 2 SÜwVO Abwasserleitungen, die der allei-

nigen Ableitung von Niederschlagswasser dienen und Leitungen, die in dichten Schutzrohren so verlegt sind, dass austretendes Abwasser aufgefangen und erkannt wird.

- (4) Für welche Grundstücke und zu welchem Zeitpunkt eine Zustands- und Funktionsprüfung bei abflusslosen Gruben und bei privaten Abwasserleitungen durchzuführen ist, ergibt sich aus den §§ 7 bis 9 SÜwVO. Nach § 8 Abs. 1 SÜwVO hat der Eigentümer des Grundstücks abflusslose Gruben und private Abwasserleitungen, die Schmutzwasser führen, nach ihrer Errichtung oder nach ihrer wesentlichen Änderung unverzüglich von einem Sachkundigen nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik auf deren Zustand und Funktionstüchtigkeit prüfen zu lassen. Ist das Grundstück mit einem Erbbaurecht belastet, tritt gem. § 8 Abs. 7 SÜwVO der Erbbauberechtigte an die Stelle des Eigentümers. Die Prüfpflicht und Prüffristen für bestehende abflusslose Gruben und Abwasserleitungen ergeben sich im Übrigen aus § 8 Abs. 2 bis Abs. 5 SÜwVO.
- (5) Die Stadt kann eine Zustands- und Funktionsprüfung vom Grundstückseigentümer fordern, wenn die Vermutung besteht, dass eine abflusslose Grube oder eine Abwasserleitung undicht ist. Ein Undichtigkeit wird vermutet, wenn bei Grundstücken mit abflussloser Grube beim Abgleich der häuslichen Frischwassermenge mit der Abwassermenge die Diskrepanz mehr als 20 % beträgt und der Grundstückseigentümer diese Diskrepanz nicht plausibel erklären kann. Die Zustands- und Funktionsprüfung erfolgt entsprechend der §§ 7 bis 9 SÜwVO. Die Bescheinigung über das Ergebnis dieser Prüfung ist entsprechend § 9 Abs. 2 SÜwVO nebst Anlagen unverzüglich der Stadt durch den Grundstückseigentümer vorzulegen.
- (6) Zustands- und Funktionsprüfungen müssen nach § 9 Abs. 1 SÜwVO nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik durchgeführt werden.
- (7) Nach § 9 Abs. 2 Satz 1 SÜwVO ist das Ergebnis der Zustands- und Funktionsprüfung in einer Bescheinigung gemäß Anlage 2 der SÜwVO zu dokumentieren. Dabei sind der Bescheinigung die in § 9 Abs. 2 Satz 2 SÜwVO genannten Anlagen beizufügen. Diese Bescheinigung nebst Anlagen ist der Stadt durch den Grundstückseigentümer bzw. der Erbbauberechtigte (§ 8 Abs. 1 und Abs. 7 SÜwVO) unverzüglich nach Erhalt vom Sachkundigen vorzulegen, damit eine zeitnahe Hilfestellung durch die Stadt erfolgen kann. Die Bescheinigung ist insbesondere bei Neuerrichtungen, wesentlicher Änderung und nach der Sanierung vorzulegen.
- (8) Abflusslose Gruben und private Abwasserleitungen, die nach dem 01.01.1996 auf Zustand und Funktionstüchtigkeit geprüft worden sind, bedürfen nach § 11 SÜwVO keiner erneuten Prüfung, sofern Prüfung und Prüfbescheinigung den zum Zeitpunkt der Prüfung geltenden Anforderungen entsprochen haben.
- (9) Die Sanierungsnotwendigkeit und der Sanierungszeitpunkt ergeben sich grundsätzlich aus § 10 Abs. 1 SÜwVO. Über mögliche Abweichungen von den Sanierungsfristen in § 10 Abs. 1 SÜwVO kann die Stadt gemäß § 10 Abs. 2 Satz 1 SÜwVO nach pflichtgemäßem Ermessen im Einzelfall entscheiden.
- (10) Im Nachgang zur Sanierung ist eine erneute Zustands- und Funktionsprüfung nach dieser Satzung durchzuführen und die Prüfbescheinigung der Stadt Kempen unverzüglich unaufgefordert vorzulegen.

§ 13 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
 - a) Abwasser einleitet, das nicht den Anforderungen des § 3 entspricht,
 - b) entgegen § 4 sich nicht an die Entsorgung anschließt oder sie nicht benutzt,
 - c) Grundstücksentwässerungsanlagen nicht den Anforderungen des § 5 entsprechend baut, betreibt oder unterhält oder einer Aufforderung der Stadt zur Beseitigung der Mängel nicht nachkommt,
 - d) entgegen § 6 Abs. 1 und Abs. 2 die Entleerung nicht oder nicht rechtzeitig beantragt,
 - e) entgegen § 6 Abs. 5 die Grundstücksentwässerungsanlage nicht freilegt oder die Zufahrt nicht gewährleistet,
 - f) entgegen § 6 Abs. 6 die Grundstücksentwässerungsanlage nicht wieder in Betrieb nimmt,

- g) seiner Anmelde- und Auskunftspflicht nach § 7 nicht nachkommt,
- h) entgegen § 8 Abs. 2 den Zutritt nicht gewährt,
- i) entgegen § 8 Abs. 3 das Betreten und Befahren seines Grundstücks nicht duldet,
- j) entgegen § 9 Abs. 7 die Bescheinigung über das Ergebnis der Zustands- und Funktionsprüfung der Stadt nicht vorlegt,
- k) entgegen § 9 Abs. 9 die Sanierung nicht fristgerecht durchführt,
- l) entgegen § 9 Abs. 10 eine erneute Zustands- und Funktionsprüfung nicht durchführt bzw. die notwendige Prüfbescheinigung hierüber nicht unaufgefordert vorlegt.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 1.000,00 € geahndet werden (§ 7 Abs. 2 GO NRW i.V.m. § 17 OWiG).

§ 15 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.2021 in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung:

Die vorstehende Satzung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Beschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Kempen vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Kempen, den 15.12.2020

Gez.

(Dellmans)
Bürgermeister